

Akzente



FÖRDERUNG VON KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGER ENERGIEPOLITIK IN KOMMUNEN

Nr. 32, Oktober 2010

Herausgeber
KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Redaktion
KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
research@kfw.de

Martin Müller
Telefon 069 7431-3944

ISSN 1869-2583

Frankfurt am Main, Oktober 2010

FÖRDERUNG VON KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGER ENERGIE- POLITIK IN KOMMUNEN

Deutschland wird seine – im Energiekonzept der Bundesregierung nochmals mit Zielhorizont 2050 formulierten – energie- und klimapolitischen Ziele nur erreichen, wenn die erheblichen Potenziale zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz in den Kommunen erschlossen werden können. Ein 39-köpfiger Expertenkreis hat sich damit auseinandergesetzt, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die Kommunen und auch die privaten und gewerblichen kommunalen Akteure dazu in die Lage zu versetzen. Der Expertenkreis setzt sich zusammen aus Vertretern der Kommunen und kommunalen Spitzenverbände, der Bundesländer und Landesförderinstitute, der Energiewirtschaft, der Forschung, weiterer Fachverbände sowie der zuständigen Bundesministerien und der KfW Bankengruppe.¹

Kommunen und kommunale Akteure erzielen beachtliche Erfolge im Klimaschutz

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben die Kommunen und kommunalen Akteure bei Energieeinsparung und Klimaschutz bereits beachtliche Erfolge erzielt und engagiert daran mitgewirkt, dass Deutschland seine internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz erfüllen kann. Dazu hat wesentlich die Erkenntnis beigetragen, dass Maßnahmen zur Energieeinsparung nicht nur Kosten verursachen, sondern in erheblichem Umfang auch Energiekosten sparen und so eine nachhaltige Entlastung der Kommunalhaushalte ermöglichen. Zudem tragen sie zur Stärkung der lokalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes bei. Innovationen in der Energieerzeugung und die Verbreitung neuer Energieeinspartechnologien haben sich vor allem für die mittelständische Bauwirtschaft und das Handwerk als lokale und regionale Wachstumsmotoren erwiesen.

Energieeinsparung und Klimaschutz helfen den Kommunen, Energiekosten einzusparen, entlasten damit nachhaltig die Kommunalhaushalte, stärken die lokalen Arbeitsmärkte und sind regionale und lokale Wachstumsmotoren.

Zu den möglichen Handlungsfeldern der Kommunen zählen die Energieeinsparung in kommunalen Gebäuden und der kommunalen

¹ Der [Expertenkreisbericht](#) kann auf der Internetseite der KfW Bankengruppe kostenlos eingesehen und heruntergeladen werden.

Förderung von Klimaschutz und nachhaltiger Energiepolitik in Kommunen

len Infrastruktur, die nachhaltige Umgestaltung der Energieversorgung auf Basis regenerativer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung, die Verwendung von Energieeffizienzkriterien im kommunalen Beschaffungswesen, energiesparende, klimafreundliche und klimaanangepasste Kommunalplanung und -entwicklung, umweltfreundliche Verkehrsgestaltung, energieeffiziente Abfall- und Abwasserentsorgung, Öffentlichkeitsarbeit, Energieberatung und finanzielle Förderung von Bürgern, Gebäudeeigentümern und Unternehmen sowie die Präsentation kommunaler Projekte mit Vorbildcharakter.

Besonders hohe Energiesparpotenziale können im Gebäudebestand gehoben werden. In Grafik 1 ist dargestellt, welcher Sanierungsbedarf besteht und welche Förderangebote der Bund im Jahr 2009 für die Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur bereitgestellt hat.

Bedarf zur energetischen Gebäudesanierung in Kommunen:

176.000 Kommunalgebäude, darunter 38.000 Schulen, 31.000 sonstige Erziehungs- und Bildungsstätten, 85.000 Sport- und Schwimmhallen, 22.000 Verwaltungsgebäude. Etwa die Hälfte davon ist dringend energetisch sanierungsbedürftig.

Von Bund, Ländern und KfW Bankengruppe geförderte Sanierungen

Investitionspakt von Bund und Ländern mit Kommunen

Investitionszuschüsse für die energetische Sanierung von Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten, Turn- und Schwimmhallen und anderen Gebäuden der sozialen Infrastruktur von Städten und Gemeinden in schwieriger Haushaltslage. Bund und Länder stellten hierfür jeweils 200 Mio EUR in 2008 und 300 Mio EUR in 2009 zur Verfügung. 2008 wurde die energetische Sanierung von etwa 560 Einrichtungen der sozialen Infrastruktur finanziell unterstützt.

KfW-Programme zum energieeffizienten Sanieren in Kommunen

Förderkredite im Rahmen der KfW-Programme „Energieeffizient Sanieren – Kommunen“ und „Sozial Investieren energetische Gebäudesanierung“ mit besonderer Zinsverbilligung durch den Bund. Gefördert werden die energetische Sanierung von Schulen, Schulsport- und Schwimmhallen, Kindertagesstätten, Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit und Vereinsgebäuden. Von 2006 bis 2009 wurden insgesamt 634 Förderkredite zugesagt

Zukunftsinvestitionsgesetz

Finanzhilfen des Bundes in Höhe von insgesamt 10 Mrd. EUR an Kommunen und Länder in 2009 und 2010 für Infrastrukturinvestitionen. Kofinanzierungsanteil von Ländern und Kommunen von 3,3 Mrd EUR. Bis zum 15. Februar 2010 wurden 31.900 Vorhaben finanziell unterstützt, darunter mehr als die Hälfte in der Schulinfrastruktur, Hochschulen und kommunalen oder gemeinnützigen Einrichtungen der Weiterbildung mit dem Schwerpunkt energetische Sanierung.

Datenquellen: BMVBS, BMF und KfW Bankengruppe.

Grafik 1: Bedarf zur energetischen Gebäudesanierung in Kommunen

Energie- und klimapolitische Ziele erfordern verstärkte Anstrengungen

Das Förderangebot ist von den Ansatzpunkten und vom Umfang her gut aufgestellt.

Die Analyse des Expertenkreises hat gezeigt, dass das Förderangebot von den Ansatzpunkten und vom Umfang her gut aufgestellt ist (Grafik 2). Dies hat wesentlich zu den beispielhaften Erfolgen Deutschlands im Klimaschutz und bei der Ausweitung des Markt-

Förderung von Klimaschutz und nachhaltiger Energiepolitik in Kommunen

anteils erneuerbarer Energien beigetragen. Die für die Zukunft angestrebten energie- und klimapolitischen Ziele reichen jedoch erheblich weiter als die bereits erreichten. Sollen das 40-Prozent-Ziel zur Treibhausgasmindering und die Verdopplung der gesamtwirtschaftlichen Energieproduktivität bis 2020 erreicht werden, müssen die Anstrengungen erheblich verstärkt werden. Das gilt auch für die Förderung.



Grafik 2: Förderangebote von Bund, Ländern und EU für eine nachhaltige Energiepolitik und Klimaschutz in Kommunen

Das Fehlen von Finanzmitteln und finanziellen Anreizen ist nach Einschätzung des Expertenkreises das Haupthemmnis für Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik in Kommunen. Die Konjunkturkrise hat zu einem gravierenden Rückgang der kommunalen Steuereinnahmen geführt, und die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage lässt einen erheblichen Anstieg der Sozialausgaben erwarten. Die konjunkturell bedingten Einnahmeausfälle und Mehrausgaben werden die Finanzhaushalte der Kommunen erheblich und nachhaltig belasten. Angesichts der Tatsache, dass viele Kommunen seit Jahren unter Haushaltssicherung stehen und ihre damit verbundenen Konsolidierungsanstrengungen durch Aufgabenzuwächse zunichtegemacht worden sind, wird deutlich, dass die Einnahmen der Kommunen sehr oft noch nicht einmal ausreichen, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Das Fehlen von finanziellen Anreizen ist nach Einschätzung des Expertenkreises das Haupthemmnis für Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik in Kommunen.

Förderung von Klimaschutz und nachhaltiger Energiepolitik in Kommunen

Vor diesem Hintergrund wären ohne ausreichende finanzielle Unterstützung viele Kommunen gezwungen, ihre Ausgaben für solche Maßnahmen, die sich kommunalwirtschaftlich nicht rentieren, auch im Bereich Klimaschutz und Energieeinsparung deutlich zu reduzieren (Grafik 3). Sie wären noch mehr betroffen als reine Pflichtaufgaben, da Klimaschutz und Energieeinsparung in weiten Teilen freiwillig durchgeführt werden. Pflichtaufgaben, die der Daseinsvorsorge dienen, müssen prioritär erfüllt werden. Und auch dort, wo Klimaschutz und Energieeinsparung im Rahmen der Daseinsvorsorge als Querschnittsaufgaben zu berücksichtigen sind, müssen die nötigen Finanzierungsmittel dafür bereitgestellt werden. Die Fördermittel von Bund und Ländern sowie deren Förderinstituten stellen für die Investitionstätigkeit der Kommunen in der äußerst angespannten Finanzlage eine unverzichtbare Stütze dar.



Grafik 3: Gründe für die Förderung von nachhaltiger Energiepolitik und Klimaschutz in Kommunen

Vorschläge des Expertenkreises zur Verbesserung des Förderangebotes

Der Expertenkreis schlägt verschiedene Ergänzungen und Verbesserungen für die Förderung von nachhaltiger Energiepolitik und Klimaschutz in Kommunen vor. Zu den zentralen Empfehlungen des Expertenkreises zählen folgende:

Förderung von Klimaschutz und nachhaltiger Energiepolitik in Kommunen

Es sollte ein bundesweit tätiges **Kompetenzzentrum „Energie und Klimaschutz für Kommunen“** eingerichtet werden, das Kommunen dabei unterstützt, integrierte Konzepte für Klimaschutz, Energieeinsparung und eine nachhaltige Umgestaltung der Energieversorgung zu entwickeln und umzusetzen. Gleichzeitig soll das Kompetenzzentrum neben den Kommunen auch privaten und gewerblichen Akteuren in den Kommunen dabei helfen, geeignete Förderprogramme für die jeweiligen Vorhaben zu identifizieren. Die Länder könnten das Bundeskompetenzzentrum durch Landeskompetenzzentren ergänzen, die mit dem Bundeszentrum, evtl. im Rahmen eines Netzwerkes, zusammenarbeiten.

Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Energie- und Klimaschutz für Kommunen“ sollte vorgesehen werden.

Durch eine **Breitenförderung integrierter Energie- und Klimaschutzkonzepte** sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass jede Kommune ein eigenes integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept erarbeitet und umsetzt oder sich dazu mit anderen Kommunen zusammenschließt. Ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept ist eine notwendige Bedingung, um Energieeinsparung, den nachhaltigen Umbau der Energieversorgung und Klimaschutz in Kommunen systematisch und wirtschaftlich effizient durchzuführen. Damit die Kommunen die dafür nötige finanzielle Unterstützung bekommen, sollten die bisher vom Bundesumweltministerium zur Verfügung gestellten Fördermittel zur Erstellung von Energie- und Klimaschutzkonzepten so ausgeweitet werden, dass sie von jeder Kommune – also künftig auch von denen mit weniger als 10.000 Einwohnern – beantragt werden können. Begleitend sollte die Bereitstellung des nötigen Fachpersonals seitens der Kommunen finanziell gefördert werden, da hierin ein bedeutender Kostenfaktor liegt.

Eine Breitenförderung der Erstellung und Umsetzung von integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepten ist anzustreben.

Die Förderinitiative für integrierte Energie- und Klimaschutzkonzepte sollte von einem **bundesweiten Impulsprogramm Qualifizierung „Kommunaler Klimaschutz“** begleitet werden. Bereits seit einigen Jahren ist zu erkennen, dass in vielen Kommunen, Beratungsbüros und Stadtwerken der Mangel an qualifiziertem Personal zur Erstellung und Umsetzung kommunaler Energie- und Klimaschutzkonzepte einen entscheidenden Engpass darstellt. Bei einer breit angelegten Förderinitiative würde sich dieser Engpass ohne eine ausreichend dimensionierte Qualifizierungsoffensive noch verstärken.

Ein breites Impulsprogramm Qualifizierung „Kommunaler Klimaschutz“ sollte gestartet werden.

Förderung von Klimaschutz und nachhaltiger Energiepolitik in Kommunen

Eine verstärkte Kooperation der Fördergeber sowie die Bündelung, Standardisierung und Vereinfachung von Förderprogrammen wird angestrebt.

Die Komplexität der Fördermittelbeschaffung sollte reduziert werden. Hierzu sollten die Fördergeber von Bund und Ländern prüfen, inwieweit durch **verstärkte Kooperationen, Bündelung von Förderprogrammen sowie die Standardisierung und Vereinfachung von Antragsverfahren und Programmrichtlinien** Transparenz und Einfachheit der Förderlandschaft weiter erhöht werden können. Dadurch könnten voraussichtlich auch Kosten bei der Durchführung der Förderung gespart werden. Eine Beratungstaskforce sollte Kommunen, aber auch privaten und gewerblichen Akteuren im Rahmen einer „Vorfeldberatung“ bei der Auswahl geeigneter Fördermittel und bei der Antragstellung helfen (z. B. Beratung bei der Zusammenstellung der erforderlichen Unterlagen, Ausfüllen von Formularen, Einreichen von Anträgen für den Fördernehmer).

Die mittel- bis langfristige Förderung von Bund und Ländern sollte auf dem Niveau des Jahres 2009 verstetigt werden, damit die nationalen energie- und klimapolitischen Ziele erreicht werden können.

Den Kommunen sollte im Hinblick auf die Dauer der Förderung eine verbindliche und verlässliche Perspektive gegeben werden, da der Investitions- und Finanzierungsbedarf nur mittel- bis langfristig zu befriedigen sein wird und die gravierenden Haushaltsengpässe vieler Kommunen dies erschweren. Dazu sollte nach Einschätzung des Expertenkreises zumindest auf mittlere bis längere Sicht das **Niveau der Förderung von Bund und Ländern auf dem Stand von 2009** wieder angestrebt werden – auch wenn aufgrund der krisenbedingt stark angestiegenen Staatsverschuldung bzw. der Konsolidierungszwänge vorerst andere Prioritäten gesetzt werden müssen.

Die Umsetzung dieser Vorschläge würde dazu beitragen, die Kommunen noch umfassender und systematischer in die nationale Energie- und Klimaschutzpolitik einzubinden. Dies wäre ein ebenso notwendiger wie chancenreicher Ansatz, der eine hohe Multiplikatorwirkung verspricht. Denn Kommunen können nicht nur eigene Beiträge leisten, sondern verfügen aufgrund ihrer Bürgernähe über besonders gute Voraussetzungen, um auch private Verbraucher, Immobilieneigentümer und Unternehmen zu motivieren, zu beraten und einzubeziehen.